Atom Express

Beilage zu Nr. 9 Inhalt: "Bunte Liste", Prozeß gegen B. Löwe

Hamburg: Die Bunte Liste geht zur Tagesordnung über

Wir bringen einen etwas längeren Bericht zum "Auswertungskongress" (30.6.-2.7.) der Bunten Liste (BL) nach der Wahl, um unsere Erfahrungen anderen Gruppen, die in ähnlichen Bündnissen arbeiten oder in Zukunft damit zu tun haben werden, zur Verfügung zu stellen. Unser Bericht ist keineswegs vollständig, sondern ist als Gegengewicht zu Jubelberichten über die BL gedacht, wie sie im "Arbeiterkampf" und ähnlichen Gazetten erscheinen.
Grundsätzlich halten wir die BL für eine gute Sache und weiter ausbaufähig. Wir haben aber auch immer die besonderes vom KB (Kommunistischer Bund) geförderte Politik kritisiert, einen weitgehend unpolitischen, mit parlamentarischen Illusionen durchsetzten Wahlkampf zu führen. Dazu gehören auch die mangelnden demokratischen Strukturen innerhalb der BL. Vollversammlung: Hier traten die oppositionellen Linken in der BL ziemlich massiv auf und brachten ihre Kritik vor (keine aktive Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten, ebenso bei den jetzt in Hamburg stattfindenden Antifa-Prozessen, wo Gefängnisstrafen drohen; Erzeugung parlamentarischer Illusionen, zu defensive Haltung gegenüber SPD und FDP, mangelnde demokratische Strukturen). Auf wenig Gegenliebe stießen wir allerdings bei den offiziellen BL-Veranstaltern auf dem Podium (KB), die in ihren ellenlangen Referaten kaum ein selbstkritisches Wort zum Wahlkampf verloren: Statt auf unsere Kritik innhaltlich einzugehen, gab es Anmachereien ("Sektierer", "Lügner", ..) oder es wurde einfach alles bestritten. (Selbstkritisch müssen wir allerdings feststellen, daß unsere Behauptung, der Wahlvorstand bestehe nur aus KB'lern, falsch ist. Richtig ist vielmehr, daß er mehrheitlich aus KB'lern besteht.)
Dennoch wurde unsere Kritik an der bisherigen Arbeit von einem größeren Teil der nur rund 850 anwesenden Menschen geteilt. Unser Antrag, über klar definierte demokratische Strukturen innerhalb der BL auf der VV abzustimmen (oberstes Beschlußorgan ist die VV, zwischendurch Deligiertenplenum, Minderheitenschutz für alle Gremien), wurde vom Podium abgeblockt: Man könne jetzt nicht abstimmen!
Positiv in einigen Arbeitsgruppen war, daß durchgesetzt werden konnte, sich stärker auf Gorleben zu konzentrieren und die Kriminalisierung in die Öffentlichkeitsarbeit der BL aufzunehmen. Dies ist auch ein indirektes Eingeständnis, daß "brenzlige" Fragen, wie z.B. die Grohnde-Prozesse mit Rücksicht auf Stimmengewinne bewußt aus dem Wahlkampf herausgehalten wurden.
Das anschließende Deligiertenplenum hat allerdings gezeigt, daß aus den bisherigen Fehlern wenig gelernt wurde. Es wurde von der Mehrheit eine Kampagne gegen die undemokratische 5%-Klausel beschlossen und zwar unter Einbeziehung der FDP und DKP (die FDP wurde in einem Flugblatt als "sinnvolle Ergänzung" der BL bezeichnet!). Wir halten es für gefährlich (und zudem illusorisch), mit der FDP, die bisher immer reibungslos alle staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen getragen hat (auch die 5%-Klausel) eine Kampagne führen zu wollen. Das lehnen wir auch mit der DKP ab, die Atomkraftwerke und Unterdrückungsmaßnahmen gegen Linke in der DDR befürwortet). Wir sehen auch die Gefahr, daß sich die BL mit dieser Kampagne auf ein Problem konzentriert, daß den Menschen nun weiß Gott nicht so auf den Nägeln brennt. Hier kommt unseres Erachtens vielmehr zum Ausdruck, wie sehr auch hier wieder größere Teile der BL auf die Parlamente fixiert sind.
Den Forderungen der Oppositionellen in der BL nach klareren demokratischen Strukturen wurde auf dem Delegiertenplenum ebenfalls nicht entsprochen. Zwar ist formal die Vollversammlung oberstes Beschlußorgan, wann und wie sie einzuberufen ist, blieb aber weiterhin völlig unklar. Tatsächlich wird jetzt der Arbeitsausschuß (früher Wahlaus-

Collection Labadie Foundation www.iaboard.org Digitized 2025

schuß-auch mehrheitlich KB) die entscheidenden politischen Fragen bestimmen (Kontakte nach außen, Öffentlichkeitsarbeit usw.). Die KPD, bisher in diesem Gremium vertreten, ist als unbequemer Kritiker nicht länger im Arbeitsausschuß drin. Sie wurde per Abstimmung ganz "demokratisch" rausgeschmissen. Ähnliches wäre auch fast uns, den Autonomen, widerfahren.

Diese Verhaltensweisen und die mangelhaften demokratischen Strukturen halten in der Tat fortschrittliche Menschen auch von einer aktiven Mitarbeit in der BL ab (verschiedene Anti-AKW und Basisgruppen, SB, Autonome). Hier besteht die Befürchtung, vom weitgehend KB-dominierten Apparat vereinnahmt zu werden.

Gekürzter Artikel der BI-Hoheluft
Kontakt: Rüdiger Jörß, 2 Hamburg 50, Max-Brauner-Allee 189

Fortsetzung des Berichtes über den Prozess gegen Bernd Löwe aus Hamburg

4.Verhandlungstag, 10.7. , 18 Zuschauer
Zunächst wurde festgestellt, daß der Fotograf, der die Bilder vom Zaun gemacht hatte, nicht ausfindig gemacht werden kann.
Rechtsanwalt Günnemann kündigt einen neuen Beweisantrag an. Es handelt sich um einen Film, der Bernd kurz vor seiner Verhaftung zeigt und die Aussagen der Polizeizeugen widerlegen soll. Richter Kobolt beklagt daraufhin den "fehlenden Mut" der Angeklagten in den Grohnde-Prozessen, "daß sie sich nicht zu ihren Taten bekennen wollten. Bernd erklärte daraufhin zur Gewaltfrage:
Die Gewalt ist alltäglich. Leben in unserer Gesellschaft bedeutet, daß uns Gewalt angetan wird. Bau von Atomkraftwerken ist Gewalt. Es ist Gewalt, wenn über die berechtigten Interessen der Bevölkerung einfach hinweggegangen wird. Das ist nackte, brutale, durch nichts zu rechtfertigende Gewalt! Es ist uns nie darum gegangen, Polizisten zu schlagen. Die Gewalt geht von denen aus, die Atomkraftwerke bauen und nicht von denjenigen, die den Bau zu verhindern suchen!
5. und letzter Verhandlungstag, 12.7., bis zu 40 Zuschauer
Morgens Film- und Diavorführung der Verteidigung. Auf dem Film war deutlich zu sehen, wie Bernd kurz nach dem Reitereinsatz am Boden liegend von ca 6 Polizisten verprügelt wurde. Vom Zeugen Holitschek, da vor Gericht aussagte, Bernd habe ihn zu Boden geschlagen, war nichts zu sehen. Außer Bernd lag niemand am Boden. Damit war die Beweisaufnahme entgültig abgeschlossen.
Am Mittag fogte dann das ca einstündige Plädoyer des Staatsanwaltes. Seine Argumentation war kurz zusammengefaßt, wie folgt: Ein Widerstandsrecht gegen Atomanlagen gibt es nicht, wenn ihr Bau rechtlich abgesichert ist. Der Staat kann laut Gesetz der Bevölkerung bestimmte Gefahren zumuten und was zumutbar ist, entscheidet eben dieser Staat. Grundsätzlich muß man den Polizeizeugen Glauben schenken, denn sie haben keinen Grund, die Unwahrheit zu sagen. Die Widersprüche in diesen Aussagen seinen nur menschlich. Der Sachverhaltsschilderung des Angeklagten könne man nicht glauben, daran würde auch der Film nichts ändern. So einfach ist das, die Polizisten sagen die Wahrheit, wir lügen! Alle Anklagepunkte sind damit bewiesen, der Angeklagte habe keine Reue gezeigt, Strafmaß daher: 14 Monate Gefängnis ohne Bewährung!!!!
Die Verteidigung forderte Freispruch, denn 1.seinen die Polizeizeugen völlig unglaubwürdig und 2.gäbe es eben ein Widerstandsrecht, ja geradezu eine Widerstandpflicht eines jeden Bürger gegen den Bau solcher Anlagen. Die Vorstellung, daß es dieses Recht nicht gäbe, sei absurd, angesichts der Tatsache, daß laut Reaktorsicherheitskommission ein schwerer Unfall die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung ausrotten würde (30,5 Mill. Tote). Das ein solcher Unfall durchaus Realität werden kann, zeige das Beispiel Brunsbüttel: Dort sei es vor einigen Wochen nur deshalb nicht zur Katastrophe gekommen, weil der Reakor erst zu einem Drittel seiner Kapazität ausgelastet war. Sonst wäre nämlich nach Angaben der Betriebsingineure die Frischdampfleitung ganz aufgeplatzt. Um dieser potentellen Gefahr aus dem Wege zu gehen, muß der Bau und Betrieb solcher Anlagen mit allen Mitteln verhindert werden.

13.7. Urteilsverkündung: **12 Monate Gefängnis!**
auf 3 Jahre Bewährung ausgesetzt